Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

40 (17.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 40 — Mittwoch, den 17. Februar 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das Kabinett Laval wurde in der Kammer gestürzt.

•

Der Reichspräsident empfing eine Abordnung des Hindenburgausschusses und vollzog die Unterschrift unter den Wahlvorschlag Hindenburgs.

•

Für den Wahlvorschlag Hindenburg sind bisher über 3 Millionen Eintragungen festgestellt worden.

•

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion wird, wie der „Angriff" berichtet, am 23. Februar an der Reichstagssitzung teilnehmen.

•

Der preußische Handelsminister hat den Börsenvorständen mitgeteilt, daß er mit der Abhaltung von Versammlungen der Wertpapierbörsen einverstanden sei.

•

Der Reichsrat hat der Vorlage des Reichsarbeitsministers zugestimmt, wonach im Jahre 1932 die Beschäftigung neu einreisender ausländischer Landarbeiter verboten ist.

•

Bei verschiedenen Mitgliedern der amerikanischen Abrüstungsdelegation in Genf sind Einbrüche verübt worden. Die Täter haben vergeblich nach politischen Dokumenten gesucht.

Die Abrüstungskonferenz

Genf, 16 Febr. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Abrüstungskonferenz sprach Präsident **Henderson** den Wunsch aus, daß alle Delegationen ihre Vorschläge bis zum Freitag einreichen. Zur Abrüstungsfrage erklärte der frühere **argentinische Außenminister Bosch**, Argentinien unterhalte für sein großes Gebiet eine so kleine Armee, daß sie selbst zur Erfüllung polizeilicher Pflichten nicht ausreiche. Die Heeresausgaben beliefen sich nur auf 6 Prozent des gesamten Hausbaltes. Bosch schlug den Abschluß eines Abkommens der an den Verträgen von Washington und London nicht beteiligten Staaten vor und sprach sich für die Errichtung einer ständigen Rüstungskontrolle und für die Definition des Begriffes „Kriegskonterbande" aus.

Der **persische Delegierte Aga Khan**, trat warm für die französischen Vorschläge ein.

Der **schweizerische Bundespräsident Motta**, der gegen die Mißstimmung des ost-asiatischen Konfliktes anzukämpfen versuchte und zwischen den in der bisherigen Debatte zum Ausdruck gekommenen Gegensätzen zu vermitteln bemüht war, nannte die französischen Vorschläge als ein logisches Ganzes dessen Grundgedanken jedoch der Zeit vorauseilten. Motta schloß den allgemeinen Teil seiner Ausführungen mit der Apotheose einer deutsch-französischen Annäherung und entwickelte dann die traditionelle Neutralitätspolitik der Schweiz. Durch ihre Lage sei die Schweiz besonders an der Beschränkung der Militärluftfahrt interessiert, die aber nur durch eine Kontrolle der Zivilluftfahrt wirksam werden könne. Im übrigen gehe die Schweiz von dem Konventionsentwurf als Diskussionsgrundlage aus.

Der **jugoslawische Außenminister Marinpowitsch** trat vorbehaltlos **für die französischen Abrüstungsvorschläge ein** und unterstrich besonders die französische These, daß eine über die Herabsetzung oder Abschaffung bestimmter Kriegswaffen hinausgehende allgemeine Verminderung der Rüstungen erst dann eintreten könne, wenn die politischen Friedenssicherungen im Sinne des französischen Memorandums ausgebaut würden.

Als letzter Redner sprach der **Delegierte Neuseelands, Sir Thomas Wilford, der sich gegen die französischen Vorschläge wandte**, die bestenfalls nur eine Wiederbelebung des Genfer Protokolls bedeuten und eine rein innereuropäische Angelegenheit seien. Er schloß damit, daß Abrüstung zwar Sicherheit bedeute, daß aber Sicherheit nicht notwendigerweise die Abrüstung zur Folge hätte.

•

Veröffentlichung der deutschen Abrüstungsvorschläge erst am Donnerstag

Genf, 15. Febr. Nachträglich wird mitgeteilt, daß die deutschen Vorschläge für die Abrüstungskonferenz erst am Donnerstag veröffentlicht werden, da eine Uebersicht über die auf der Rednerliste eingetragenen Delegierten ergeben habe, daß der deutsche Delegationsführer Nadolny voraussichtlich erst am Donnerstag an die Reihe der Redner auf der Abrüstungskonferenz kommen werde.

*

Frankreichs Haltung in Genf unverändert.

T.U. **Genf**, 16. Febr. Der Sturz des Kabinetts Laval wird lebhaft erörtert. Man vertritt die Auffassung, daß sein Rücktritt keinen Einfluß auf die auswärtige Politik ausübt und insbesondere die Haltung der französischen Regierung auf der Abrüstungskonferenz hierdurch nicht berührt wird. Aus französischen Kreisen wird mitgeteilt, daß Tardieu nicht die Absicht hat, Genf zu verlassen.

*

Vor der Rückreise des englischen Außenministers nach Genf.

T.U. **London**, 16. Febr. Außenminister Simon wird am Donnerstag nach Genf zurückreisen. Am Dienstag hatte er eine längere Unterredung mit dem Ausschuß der Völkerbundsvereinigung über die Lage im Fernen Osten.

Der Kampf um die Präsidentschaft

Nach wochenlangen Kämpfen, die zum Teil mit größter Erbitterung hinter den Kulissen geführt worden sind, hat sich der Reichspräsident von Hindenburg bereit erklärt, sich zur Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Mit schlichten, einfachen Worten hat der Herr Reichspräsident seinen Willen kundgetan. Ihn bewog, daß die Aufforderung nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ausgegangen ist. Das ganze Bestreben des Reichspräsidenten geht dahin, einen Zusammenschluß des Volkes herbeizuführen. Darin sieht er das einzige nationale Ziel, volle Hingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation.

Der Wunsch Hindenburgs, einen Wahlkampf bei den augenblicklich so gespannten innerpolitischen Verhältnissen zu verhindern, hat sich nicht erfüllt. Die Wahl wird eine politische Wahl werden, da die Rechte ihren Kandidaten aufstellt und ebenso Thälmann bereits als Wahlkandidat der KPD. nominiert ist.

Die letzte Reichspräsidentenwahl fand am 26. April 1925 statt. Ihr war ein erster Wahlgang vorangegangen, in dem im ganzen sechs Kandidaten aufgestellt waren, und zwar der jetzige preußische Ministerpräsident Dr. Braun, der bayerische Ministerpräsident Dr. Heinrich Held, der badische Staatspräsident Dr. Willy Hellpach, der Reichsminister Dr. Karl Jarres, der Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx und der kommunistische Parteiführer Ernst Thälmann. Keinem dieser Kandidaten gelang es, die für den ersten Wahlgang vorgeschriebene Mehrheit aller abgegebenen gültigen Stimmen zu erhalten. Bei der Aussichtslosigkeit, einen dieser Kandidaten im nächsten Wahlgang durchzubringen, bildete sich der sogenannte Volksblock, für den der Reichskanzler a. D. Marx kandidierte, während der Reichsblock anstelle von Jarres den Feldmarschall von Hindenburg aufstellte. Das für die damalige Zeit überraschende Ergebnis bestand in einem Sieg Hindenburgs, der mehr Stimmen erhielt als Marx, wenn auch weniger Stimmen als Marx und Thälmann zusammen. Im zweiten Wahlgang ist jedoch nicht wie im ersten notwendig, daß einer der Kandidaten die Mehrheit der gültigen Stimmen erhält, sondern gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält.

Eine zahlenmäßige Schätzung des Wahlergebnisses des ersten Wahlganges, der in etwas mehr als drei Wochen, am 13. März, stattfindet, ist völlig unmöglich. Denn gerade bei der Kandidatur Hindenburgs wird man nicht das Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien zugrunde legen können. Das große, bisher ungelöste Problem besteht darin, ob die Massen der Auffassung des Reichspräsidenten folgen werden, der nicht allein in völlig überparteilichem Sinne sein Amt geführt hat, sondern auf derselben Grundlage eine Wiederwahl anstrebt, oder ob die Wähler dem Votum ihrer Parteiführer nachgeben. Es steht außer Frage, daß der Reichspräsident von Hindenburg in breitesten Volksschichten, unabhängig von jeder Parteistellung, größte Sympathien genießt. Durch die vorbildliche Art, wie er seiner schweren Aufgabe gerecht geworden ist, hat er sich ein unerschütterliches Vertrauen erworben. Das, was so oft von allen Seiten von Hindenburg gesagt wurde, daß er gleichsam ein Symbol für die deutsche Einigkeit sei, gilt selbstverständlich auch weiter, wenn ihn auch im Augenblick der Parteikampf umbrandet.

Infolge der Wirtschaftskrise haben sich die parteipolitischen Gegensätze in einer Weise verschärft, wie wir es wohl noch nie in Deutschland erlebt haben. Täglich kommt es zu schweren Exzessen und politischen Mordtaten. Jeder, der um das Schicksal des deutschen Volkes, das sich nun schon seit fast zwanzig Jahren im schwersten Abwehrkampf befindet, besorgt ist, hat mit tiefstem Schmerz diese Entwicklung verfolgt. Die Reichspräsidentenwahl sollte gerade die Gelegenheit dazu bieten, das Einigende über das Trennende zu stellen, und den Mann wieder als Führer des deutschen Volkes zu wählen, der nicht allein die größte Popularität besitzt, sondern dem die Achtung aller gilt. Hindenburg setzt sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für den Wahlkampf ein, mit seiner Persönlichkeit über den Streit der Parteien.

Die Entscheidung kann unter Umständen bereits der erste Wahlgang bringen, wenn sich erweisen sollte, daß die große Masse aller Wähler über parteimäßige Bindungen sich hinwegsetzt. Es wäre ein großer und berechtigter Erfolg, der Dank für das, was Hindenburg für das deutsche Volk geleistet hat, wenn auf ihn am 13. März die Wahl fällt.

Andernfalls würde ein zweiter Wahlgang notwendig werden. Es ist als fast sicher anzunehmen, daß sich auch für ihn Hindenburg noch einmal aufstellen lassen würde, wenn er nicht die Mehrheit der Stimmen bekommt. Setzt man den Rechenstift nach den mutmaßlichen Verhältnissen der augenblicklichen Parteien in Bewegung, so steht es außer Frage, daß sich auf Hindenburg die meisten Stimmen konzentrieren.

Persönlichkeit oder Partei — in diesem Zeichen wird der Wahlkampf stehen.

*

Englische Stimmen zur Hindenburg-Kandidatur

London, 16. Febr. Der Entschluß Hindenburg im Alter von 84 Jahren von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren, findet in der ganzen Morgenpresse rückhaltlose Bewunderung. **„Daily Expreß"** nennt Hindenburg den Rettungsanker des Deutschen Reiches und **„Times"** schreibt: Der alte Feldmarschall hat der Republik während aller Wechselfälle der 7 Jahre seiner Amtszeit so weise und so loyal gedient, daß es passender gewesen wäre, wenn ihm angesichts seines Alters das Verfahrens einer Berufung auf die Volksstimme erspart geblieben wäre. Erfreulicherweise haben Vaterlandsliebe und strenges Pflichtgefühl diesen treuen Diener seines Landes veranlaßt, auf die wohlverdiente Ruhe zu verzichten. Binnen 10 Tagen haben 2,5 Millionen Bürger den Aufruf für seine Wiederwahl unterzeichnet. Ein ausreichender Beweis für die Achtung, die dem Präsidenten in Deutschland entgegengebracht wird. Im Auslande genießt er nicht weniger Achtung. **Sein Entschluß ist ein Glück für Deutschland und Europa.**

Unter der Ueberschrift „Deutschlands großer, alter Mann" führt **„Morningpost"** aus: Das Schauspiel, das Präsident v. Hindenburg bietet, wenn er im Alter von 84 Jahren zu einer nochmaligen Uebernahme seines Amtes sich bereit zeigt, hat etwas Ehrfurchtgebietendes. Sein Amt ist keine Sinekure, und das Staatsschiff steuert keineswegs durch ruhige See. Im Gegenteile, der Augenblick ist ganz außergewöhnlich kritisch für sein Land, und das Amt bringt die schwerste Verantwortung mit sich, die einem Staatsmann zuteil werden kann. 1925 war es zweifellos der Widerschein von Tannenberg, der ihn auf den Präsidentenposten berief. Heute sind es neue Leistungen, neben denen Tannenberg, nur ein schwacher, weit zurückliegender Schatten ist. Der alte Krieger der Königs- und Kaiserzeit ist für die junge Republik beinahe so unentbehrlich geworden, wie es ein Mann auf irgendeinem Gebiete des Lebens überhaupt sein kann. Dabei steht Präsident v. Hindenburg auf seinem Platz nicht infolge Verleugnung seiner Vergangenheit, sondern weil er seine Auffassung von Dienst an seinem Lande über alle persönlichen Neigungen stellt. Durch eine Ironie des Schicksals wird er von denen unterstützt, die ihm bei der letzten Wahl stärkste Opposition machten. Was seine vormaligen Feinde auf dem Schlachtfelde betrifft, so gibt es keinen unter ihnen der ihm nicht die Achtung zollt, die den Charakter und der Lauterkeit seines großen Dieners eines Landes gebührt.

•

Französische Stimmen

Paris, 15. Febr. Zur Reichspräsidentenwahl schreibt der „Temps": „Die Wiederwahl des Marschalls von Hindenburg würde keineswegs die Bedeutung einer fühlbaren Aenderung der allgemeinen deutschen Forderungen haben. Hindenburg habe während seiner Reichspräsidentschaft selbst in den kritischsten Stunden seine persönlichen Gefühle beiseitegestellt, über den Parteien gestanden und sowohl der Revolution von der äußersten Rechten, wie auch von der äußersten Linken den Weg verlegt. Er begnügte sich damit, die Nationalsozialisten zu einer im Rahmen der Weimarer Verfassung sich entwickelnden Politik zu gewinnen und Deutschland die Gefahren einer tiefgreifenden Umwälzung zu ersparen. Aber den Eid, den er auf die Verfassung geleistet hat, hat er niemals vergessen. Solange er an der Spitze Deutschlands bleibt wird man **Gewißheit haben, daß das schlimmste, nämlich der Zusammenbruch im Chaos des Bürgerkrieges vermieden werden kann.**

•

Sahm-Ausschuß bei Hindenburg

Der Reichspräsident vollzieht die Unterschrift unter den Wahlvorschlag Hindenburg

Berlin, 16. Febr. Um 11.30 Uhr wurde eine Abordnung des Hindenburg-Ausschusses vom Reichspräsidenten empfangen, die aus den Herren Oberbürgermeister Dr. **Sahm**, Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. **Simons**, für den bayerischen Landesausschuß Exzellenz von **Winterstein** und Oberst von **Seißer**, für den **württembergischen Landesausschuß Dr. Robert Bosch** und **General von Maur**, für den sächsischen Landesausschuß Reichsminister a. D. Dr. Külz bestand.

Oberbürgermeister Dr. **Sahm** bat den Reichspräsidenten in einer Ansprache, seine Unterschrift unter den Wahlvorschlag Hindenburg zu setzen. Der Reichspräsident dankte in einer kurzen Ansprache und vollzog die Unterschrift.

*

Hindenburgs Ansprache

Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Sahm erwiderte der Herr **Reichspräsident** wie folgt:

„Zunächst danke ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, herzlichst für die an mich gerichteten freundlichen Worte. Wie ich in meiner gestern abgegebenen öffentlichen Erklärung bekundet habe, **bin ich bereit, eine etwaige Wiederwahl anzunehmen. Ich handle hierbei nicht aus persönlichem Ehrgeiz, sondern im Bewußtsein**

meiner Verantwortung für Deutschland und im Gefühl meiner Pflicht.

Sie, meine Herren, stehen hier vor mir **nicht als die Vertreter einer Partei, sondern als Angehörige der verschiedensten Berufsstände und politischen Richtungen aus allen Teilen Deutschlands.** Daß Ihr Ruf an mich nicht ausgeht von einer bestimmten Partei oder Interessentengruppe, sondern von zusammenfassenden Ausschüssen aus den verschiedensten Gebieten des Reiches, hat mir meine Entscheidung wesentlich erleichtert.

Ich erkläre Ihnen daher mein Einverständnis dazu, daß mein Name auf den von Ihnen vorbereiteten Wahlvorschlag für die Reichspräsidentenwahl gesetzt wird, und **ich hoffe, so mit meiner letzten Kraft dem dienen zu können, was mir in meinem langen Leben stets hoch und heilig war: dem Vaterlande!"**

Hieran schloß sich eine persönliche Unterhaltung mit den einzelnen Herren.

•

Dr. Sahm über die Tätigkeit des Hindenburg-Ausschusses

Berlin, 16. Febr. Oberbürgermeister Dr. Sahm empfing die Vertreter der Presse, um ihnen einen Ueberblick über die Arbeit des Hindenburg-Ausschusses zu geben. Er erinnerte daran, daß er bei der Gründung des Ausschusses am 1. Februar als sein Ziel angegeben habe, den Weg zu der Volkswahl Hindenburgs zu bahnen. Dieses Ziel ist jetzt erreicht und zwar ohne jede Parteiorganisation und ohne amtliche Einzeichnungsstellen. Dr. Sahm sprach allen deutschen Zeitungen seinen Dank aus, die den Hindenburg-Ausschuß unterstützt und damit zu der großen Sache wesentlich beigetragen haben, und stellte gegenüber Mißdeutungen fest, daß der Ausschuß nur **auf überparteilichem Wege** auf die Wiederwahl Hindenburgs hingestrebt aber nicht beabsichtigt habe, in die politischen Tagesfragen einzugreifen oder etwa eine Probeabstimmung für die kommende Präsidentenwahl zu machen. Von vornherein sei es klar gewesen, da man auf diesem Wege nur einen Bruchteil der für Hindenburg zu wertenden Stimmen aufbringen könne. Immerhin konnte Dr. Sahm mitteilen, **daß bisher schon über 3 Millionen Eintragungen festgestellt sind.** Das sei ein mehr als befriedigendes Ergebnis.

Die Zustimmungserklärung des Reichspräsidenten zu seiner Kandidatur hat folgenden Wortlaut:

Ich erkläre hiermit, daß ich der Aufnahme meines Namens in den Wahlvorschlag Hindenburg für die Reichspräsidentenwahl 1932 zustimme.

Dr. Sahm fügte seinen Mitteilungen abschließend noch den Wunsch hinzu, daß das deutsche Volk für seinen großen Heros einig und treu zusammenstehen möge.

Der Völkerbund appelliert an Japan

Noch kein Zusammentritt der Völkerbundsversammlung

Genf, 16. Febr. Entgegen den allgemeinen Erwartungen ist es nicht zu der von China geforderten **Einberufung der Völkerbundsversammlung** gekommen. Statt dessen hat der **Völkerbund,** der ohne die Vertreter der Parteien tagte, heute vormittag **beschlossen, angesichts der neuesten Nachrichten aus Schanghai einen Appell direkt an die japanische Regierung zu richten und sie aufzufordern, Maßnahmen zu ergreifen, damit die äußerst bedrohliche Lage in Schanghai sich nicht weiter verschärft.**

Dieser Appell, zu dessen abschließender Formulierung die Ratsmächte heute nachmittag nochmals zusammentreten, bedeutet daß der Völkerbund diesmal an der Fiktion der beiderseitigen gleichmäßigen Verantwortung der Konfliktsparteien nicht festhält, **sondern zum ersten Male sich allein an Japan wendet.** Der Ratspräsident wird den Appell im Gegensatz zu bisher ohne vorherige Fühlungnahme ergehen lassen.

Die Initiative zu dem neuen Schritt scheint auf England und Amerika zurückzugehen, deren vor 14 Tagen mit Unterstützung des Völkerbundsrates unternommene Aktion zu keiner Entspannung geführt hat.

Der Volkskrieg gegen Japan. — Erklärung des chinesischen Ministerpräsidenten.

T.U. **Schanghai,** 16. Febr. Wie aus Nanking gemeldet wird, erklärte der chinesische Ministerpräsident Wansinwei, daß Japan China nicht besiegen könne, auch wenn die chinesische Armee von den Japanern geschlagen werden sollte. Die Japaner könnten wohl chinesische Städte und Häfen besetzen, aber sie könnten nicht den nationalen Geist des chinesischen Volkes vernichten. China werde in jedem Falle passiven Widerstand leisten und einen Kleinkrieg führen. China werde auch den gegenwärtigen Zustand in die Länge ziehen, da die Regierung wisse, daß Japan nicht jahrelang eine Armee in China unterhalten könne.

Wir erklären ausdrücklich, so schloß Wansinwei, daß wir nur dann mit Japan einen Frieden schließen würden, wenn Japan bedingungslos das chinesische Gebiet räumt. Andernfalls seien keine Verhandlungen mit Japan möglich.

Das Kabinett Laval gestürzt

Paris, 16. Febr. Das Kabinett Laval ist gestürzt. Das Ministerium ist bei der Frage, wann die Interpellation des Senators Peyronnet zur Verhandlung gelangen soll, mit 23 Stimmen in der Minderheit geblieben.

•

Paris, 16. Febr. Die Frage der **Wahlreform** sowie die **innerpolitische Einstellung des Ministeriums Laval** sollte auf Interpellation Senators Peyronnet, einem gemäßigten Radikalen, erörtert werden. Es scheint, daß Ministerpräsident Laval die **Gefahr einer solchen Diskussion** erkannt hat und sie vertagt wissen wollte, bis die deutschen Vorschläge in der Abrüstungskonferenz von Genf eingebracht worden waren. Hierdurch hoffte er Gelegenheit zu finden, die Diskussion zu verlagern: sie vom innenpolitischen auf das außenpolitische Gebiet abzulenken und jenes Lieblingsthema zu schaffen, das ja leider in dem letzten Jahrzehnt bei der Mentalität, die augenblicklich in Frankreich herrscht, stets verfängt.

Die Senatoren haben sich auf diesen Vorschlag nicht eingelassen, da sie die Gefahren, die das **Wahlgesetz in der Kammer** in sich schloß, erkannt haben und da sie offenbar eine starke Regierung wünschen, während sie Lavals Kabinett als die Gefangenen der Mehrheit der Kammer betrachteten.

•

Der Rücktritt angenommen

Paris, 16. Febr. Das Kabinett hat auf Grund seiner Niederlage in der Kammer seine Demission gegeben und sie heute abend dem Präsidenten Doumer überreicht. Der Präsident hat den Rücktritt des Kabinetts angenommen und am Spätabend noch die Besprechungen zur Neubildung der Regierung mit dem üblichen Empfang der Präsidenten, des Senats und der Kammer aufgenommen.

Lavals Sturz. — Wer wird sein Nachfolger?

T.U. **Paris,** 16. Febr. Ebenso wie das zweite Kabinett Tardieu etwa vor einem Jahr ist jetzt das zweite Kabinett Laval trotz zuverlässiger Mehrheit in der Kammer vom Senat gestürzt worden. Damit hat sich ein Vorgang wiederholt, der in der Geschichte des französischen Parlaments für äußerst ungewöhnlich gilt. Diese Tatsache wird noch dadurch verstärkt, daß Laval mit nicht weniger als 23 Stimmen Minderheit über einen einfachen Vertagungsantrag ohne politische Aussprache und ohne Rechtfertigungsrede zu Fall gebracht wurde.

Knapp eine halbe Stunde nachher hat sich die Regierung vollzählig zum Präsidenten der Republik begeben, um den Rücktritt des Gesamtkabinetts amtlich zu vollziehen. Die Lage ist erst dann voll verständlich, wenn man das Wahlreformgesetz in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt. Die in der Kammer geschlagene Opposition unter der Führung Herriots und Leon Blums war sich dessen bewußt, daß dieses Wahlreformgesetz für die Opposition entscheidend war. Die politische Erfahrung hat in Frankreich gelehrt, daß immer die jeweils am Ruder Befindlichen bei den Neuwahlen im Vorteil waren und daß die Wahlbezirke ihren bisherigen Abgeordneten im ersten Wahlgang stets eine relative Mehrheit zu sichern pflegten. Erst die Stichwahl gab dann der Opposition die Möglichkeit, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen und das Stimmverhältnis dadurch grundlegend zu verändern. In der Kammer geschlagen und in höchste Gefahr gebracht zog die Linke die Kabinettskrise der Zerschlagung der Wahlreformvorlage als das kleinere Uebel vor.

Jetzt fragt sich, wie sich das neue Kabinett zusammensetzen soll. Eine Regierung Herriot scheint vollkommen ausgeschlossen, da die Kammer kein radikalsozialistisches Regiment dulden würde. Es bleibt die Möglichkeit eines Geschäftskabinetts aus Senatoren, etwa unter Führung des früheren Ministerpräsidenten Barthou, oder ein Kabinett Tardieu. Seine Rückkehr wird bereits als sicher angekündigt. Ferner ist das Gerücht verbreitet, daß man mit einem Kabinett Tardieu-Paul Boncour rechnen könne.

Wie Laval gestürzt wurde.

T.U. **Paris,** 16. Febr. Die politische Aussprache im Senat, die mit dem Sturz des Kabinetts Laval endete, hat insgesamt kaum mehr als eine halbe Stunde gedauert. Nachdem das Haus sich gegen den Antrag des Ministerpräsidenten ausgesprochen hatte, die Aussprache bis nach der allgemeinen Aussprache zu vertagen, bestieg Ministerpräsident Laval die Rednertribüne und erklärte: „Morgen werden unsere Vertreter in Genf den Standpunkt Frankreichs zur Abrüstungsfrage genauer definieren müssen. Nach der Abstimmung, die der Senat soeben vollzogen hat, wende ich mich an das Gewissen meiner Kollegen und bitte sie, die Aussprache über die Interpellation bis zum kommenden Freitag zu vertagen. Ich verbinde mit meiner Bitte die Vertrauensfrage."

Als ein Senator auf der sofortigen Beratung bestand, erklärte Laval, daß er ein Recht darauf habe, seiner Bitte besonderen Nachdruck zu verleihen, weil er wisse, daß der Senator Peyronnet noch in der letzten Nacht in telephonischer Verbindung mit Tardieu gestanden habe. Er wisse ferner, daß der Senator durch die Erklärungen Tardieus dazu veranlaßt worden sei, die Vertagung seiner Interpellation anzunehmen. Wenn man heute trotzdem darauf bestehe, so handele es sich lediglich um ein innerpolitisches Manöver. Der Ministerpräsident wurde an der Fortsetzung seiner Ausführungen durch einen unglaublichen Lärm auf der Linken des Hauses gehindert und sah sich gezwungen, die Rednertribüne zu verlassen. Bei der darauf folgenden Abstimmung wurde das Kabinett sodann mit 23 Stimmen in die Minderheit versetzt. Bei Verkündung des Abstimmungsergebnisses verließen die Minister den Saal.

Oesterreich fordert Erweiterung seines wirtschaftlichen Raumes

Wien, 16. Febr. Bundeskanzler Dr. **Buresch** hat die Gesandten Deutschlands, Frankreichs, Englands und Italiens und anschließend daran die diplomatischen Vertreter der übrigen Staaten empfangen und ihnen in einer längeren **Regierungserklärung mitgeteilt, daß Oesterreich unbedingt einer Erweiterung seines wirtschaftlichen Arbeitsraumes bedarf.** Die österreichische Regierung erklärt deshalb, daß sie mit allen Nachbarstaaten und mit allen Staaten, die dazu bereit sind, in **Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten wünsche.** Der Bundeskanzler ersuchte die Gesandten, ihren Regierungen davon Kenntnis zu geben und sie zu bitten, die Bestrebungen der österreichischen Bundesregierung weitestgehend zu fördern.

Londoner Sensationsheirat: Schwedischer Prinz vermählt sich mit einer Bürgerlichen.

Prinz Lennart von Schweden und seine Braut, Fräulein Karin Nissvandt, mit der er sich in den nächsten Tagen in London trauen läßt, um jeden offenen Konflikt mit der königlichen Familie, die diese Ehe mißbilligt, zu vermeiden.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[33

Frau von Rödern aß mit Kennermiene, so, als spüre sie es gar nicht, daß ihre Worte einen wahren Sturm im Innern der anwesenden Damen entfacht hatten. Seelenruhig wandte sie sich an die kleine Frau des allbeliebten Sanitätsrats.

„Na, und der Herr Sohn fliegt nun wirklich? Hat der Mut! Denn die Luft hat nun mal keine Balken. Ich würde mich nie in so 'n Teufelsding setzen — ich nicht! Na, die Jugend muß ja anders sein wie wir alten Leute. Ich bewundere jeden jungen Menschen, der etwas leistet im Leben, und ich — beneide ihn. Zu unserer Zeit durfte man das nicht und jenes nicht und stieß sich an allen möglichen Ecken und Kanten.

Heute ist das alles anders geworden. Da genießt die Jugend mehr Freiheit. Resultat nicht immer dasselbe. Auf der einen Seite gibt's tüchtige, abgehärtete Menschen, die selbständig im Kampfe des Lebens stehen und durchhalten durch dick und dünn! Auf der anderen Seite erzieht man sich Flegel, denen man bei jeder Gelegenheit etwas Herzhaftes verabreichen müßte, damit sie zur Besinnung kommen. Also ja, Ihr Prachtjunge! Na, ich werde den Daumen für ihn halten und ihm auch sonst alles Gute wünschen."

Seelenruhig rührte Frau von Rödern in ihrer Kaffeetasse herum.

Plötzlich wandte sie sich nach rückwärts.

„Und ehe ich es vergesse: am Freitag sind Sie alle bei mir eingeladen, meine verehrten Damen! Es trinkt sich jetzt wundervoll Kaffee im Garten, und mein Mann sagte erst heute: ‚Für wen sollen denn nur die vielen Blumen blühen? Wann kommen denn die Damen endlich?' Und nun bitte ich herzlich, vollzählig zu erscheinen! Ich werde heute sofort auf dem Nachhausewege bei Dillinger die Schlagsahne bestellen."

Und alle Damen lächelten und nickten freundlich.

* * *

Im Klub war Aufruhr.

„Rheinsbergh? Wer hätte denn nur das gedacht? Soll man es glauben? Und keiner hat seine Absichten gemerkt. Aber das Schlimmste ist, daß man sich ängstlich zurückgehalten hat, weil man glaubte, das schöne, kleine Mädel sei arm. Nun hat man das Nachsehen. Ich hatte mich bis über beide Ohren verliebt, und nun hat sie der Rheinsbergh! Zum Totärgern ist es!"

Graf Haiden, der immer in Schulden steckte, meinte mißvergnügt:

„Es gehört Glück dazu, im Leben fortzukommen. Was soll man machen? Meine Vorfahren haben das Geld verjubelt, und ich möchte nun halt sehen, wie ich es wieder zusammenbringe. Der Teufel hole die ganze Misere! Ich könnte alles kurz und klein schlagen. Hat der Rheinsbergh schon genug, kriegt er noch mehr und das schönste Mädel weit und breit dazu! Ich sage schon gar nichts mehr!"

„Aber das werden Sie doch zugeben, meine Herren, daß der Rheinsbergh eben auch ein ganzer Kerl ist und daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn er bei den Frauen Glück hat."

Helmut Fortwangen hatte es gesagt.

Man gab ihm recht.

Graf Haiden meinte verschmitzt:

„Unsere schöne Durchlaucht brannte lichterloh für ihn. Jetzt hat er sie gar sitzenlassen. Nun, ich bin ganz froh, daß der gefährlichste Gegner aus dem Kampfe um Aja Sabofsky ausscheidet!"

Man lachte verständnisinnig, denn die Bemühungen Graf Haidens um die Fürstin waren allgemein bekannt.

Noch einige Herren kamen hinzu, und nach und nach kam man dann doch auf ein anderes Thema.

Der Oberstaatsanwalt Merzdorf sagte lächelnd:

„Nun, Rheinsbergh ist uns natürlich für die nächste Zeit verloren. Aber nach und nach wird er sich schon wieder einfinden."

„Möchte auch sein! Schließlich haben wir uns doch alle zusammen riesig gefreut, als er wieder im Lande auftauchte. Wenn er uns durch seine Heirat verloren ginge, wäre es schade", sagte Doktor Mellner.

Der Oberstaatsanwalt lächelte mokant.

„Wir waren zum größten Teil alle mal Bräutigam. Und der Klub hat uns ja doch wieder."

„Ja, hauptsächlich jetzt, wo die meisten Ehefrauen verreist sind. Um diese Jahreszeit ist im Klub stets viel los, haha!" lachte Eilert, der Großindustrielle.

Die Herren setzten sich zu einem Spielchen zusammen.

* * *

Die zwei aber, um die sich alle diese Gespräche drehten, die fragten nach niemand, die waren sich selbst vollkommen genug.

Am Verlobungstage glich das Haus der Geheimrätin einem Blumenhain.

Ein wundervoller Korb wurde abgegeben. Die beigefügte Karte gab kund, daß es die Fürstin Sabofsky herzlich bedaure, nicht persönlich die allerherzlichsten Wünsche darbringen zu können. Es geschehe durch die Blumen, und sie hoffe, daß ihre kleine Gabe ein Plätzchen mit auf dem gewiß reich besetzten Tische fände.

„Wie lieb von der Fürstin", sagte Elme und roch an den köstlichen La-France-Rosen.

Dietrich Rheinsbergh hatte einen seltsam finsteren Zug im Gesicht, als er sagte:

„Freust du dich so sehr über diese Blumen, kleines Mädel?"

Groß und offen sah sie ihn an.

„Sehr freue ich mich. Daß sie an uns gedacht hat, wie sonderbar das ist! Ich dachte, sie sei sehr stolz und unnahbar."

„Ja, das ist sie wohl."

Elme fühlte, daß Dietrich die schöne Frau aus irgendeinem Grunde nicht mochte.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg